



Nr. 31

8. August 2013

Inhalt

[Anhebung der Gerichtsgebühren – Dauderstädt:
Gewerkschaftlicher Rechtsschutz wird noch wichtiger+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW warnt Bund der Steuerzahler vor Stimmungsmache+++
dbb brandenburg lehnt das Besoldungspaket der Landesregierung
endgültig ab+++](#)

[Übertragung des Tarifabschlusses: dbb mecklenburg-vorpommern
fordert Nachbesserungen+++](#)

[EU-Zollbericht zu Produktfälschungen - BDZ: Erfolgsquote könnte
deutlich höher sein+++](#)

[GDL bestreikt erneut Usedomer Bäderbahn+++](#)

[DPoIG-Chef lobt amerikanische Geheimdienste+++](#)

[„Waldgebiet des Jahres“ noch bis Ende August gesucht+++](#)

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Anhebung der Gerichtsgebühren – Dauderstädt: Gewerkschaftlicher Rechtsschutz wird noch wichtiger

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat die Anhebung der Gerichtsgebühren in Deutschland um bis zu 18 Prozent zum 1. August 2013 zum Anlass genommen, auf die weiter wachsende Bedeutung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes hinzuweisen. In Berlin erklärte Dauderstädt am 1. August 2013 dazu: „Natürlich müssen auch die Gerichtsgebühren an die allgemeine Kostenentwicklung angepasst werden. Es droht aber zunehmend die Gefahr, dass Bürgerinnen und Bürger immer öfter aus rein finanziellen Gründen davor zurückschrecken, ihre berechtigten Interessen notfalls auch vor Gericht durchzusetzen. Das kann nicht im Sinne des Rechtsstaates sein.“

Umso wichtiger, so der dbb-Chef weiter, sei der gewerkschaftliche Rechtsschutz: „Für seine Mitglieder stellt der dbb im Rahmen seiner Rechtsschutzordnung den ungehinderten Zugang zu den deutschen Gerichten sicher. Hier darf Geld keine Rolle spielen. Das ist eine Frage der gewerkschaftlichen Solidarität.“ Das

finanzielle Risiko eines Gerichtsprozesses steigt zudem dadurch, dass neben den Gebühren für die Gerichte auch die Gebührenordnungen für Anwälte und Notare zum 1. August um 12, respektive 15 Prozent erhöht werden.
(01/31/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW warnt Bund der Steuerzahler vor Stimmungsmache

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat den Steuerzahlerbund in Baden-Württemberg davor gewarnt, die Neiddebatte um Beamtenpensionen erneut anzuhetzen. Dem Landesvorsitzenden der Organisation, Wilfried Krahwinkel, hielt der BBW am 31. Juli 2013 vor, er nutze die Gunst der Stunde zur Stimmungsmache, nachdem Ministerpräsident Winfried Kretschmann inzwischen öffentlich über Wege zur Kürzung der Beamtenpensionen nachdenkt.

Schmale Renten und üppige Beamtenpensionen anzuprangern sei ein „allzu beliebtes Sommerthema“. So hatten die „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 31. Juli 2013) getitelt: „Kluft zwischen Renten und Pensionen wächst wieder“ und sich dabei auf den baden-württembergischen Bund der Steuerzahler berufen. Dessen Landesvorsitzender Krahwinkel stellte erneut den altbekannten Vergleich zwischen Standardrente und durchschnittlicher Beamtenpension an. Der BBW wies dieses Vorgehen zurück: Bereits im Ansatz würden wieder einmal Äpfel mit Birnen verglichen. Die Beamtenpension sei nämlich eine Vollversorgung, während zur staatlichen Rente vielfach noch eine betriebliche Zusatz-

versorgung hinzukomme. Zudem verzerre die Gegenüberstellung absoluter Beträge für die Standardrente und die durchschnittliche Pension das Ergebnis aufgrund der unterschiedlichen Basisdaten zusätzlich. Der Aufforderung Krahwinkels an die Politik, auch im Beamtenbereich einen Nachhaltigkeitsfaktor einzuführen, hielt der BBW entgegen: Die verfassungsrechtlich unbedenklichen Eingriffe in die Versorgung der Beamten seien aufgrund der Absenkung des Versorgungsniveaus, der Beihilfekürzungen und der Kürzung des Anpassungsbetrages als Beitrag in die Versorgungsrücklage des Landes ausgeschöpft.
(02/31/13)

dbb brandenburg lehnt das Besoldungspaket der Landesregierung endgültig ab

(dbb) Auf der Hauptvorstandssitzung am 7. August 2013 haben sich Mitgliedsgewerkschaften und -verbände des dbb brandenburg gegen das Besoldungs- und Beschäftigungspaket der Landesregierung ausgesprochen.

Bei einem Gespräch des dbb brandenburg am 21. Juni mit Innenminister Woidke, Finanzminister Markov und Bildungsministerin Münch zur Übernahme des Tarifabschlusses 2013 war keine inhaltsgleiche Eins-zu-eins-Übernahme angeboten worden. Daraufhin hatte der dbb brandenburg die Gespräche ausgesetzt und eine außerordentliche Hauptvorstandssitzung einberufen. „Das Votum der Mitglieder des dbb brandenburg auf dieser Sitzung war eindeutig“, teilte der dbb Landesbund im Anschluss mit. So sei noch einmal auf die entstehende Ungleichbehandlung von Angestellten und Beamten bei der Bezahlung hingewiesen und auch verdeutlicht worden, dass das Land

Brandenburg ohne eine Eins-zu-eins-Übernahme noch mehr gegenüber den anderen Bundesländern ins Hintertreffen gerät.

Der Landesvorsitzende des dbb brandenburg, Ralf Roggenbuck, sagte: „Die Mitglieder haben die Landesleitung gebeten, den Parlamentariern des Landtags noch einmal in einem Brief vor Augen zu führen, wieso dieses Besoldungs- und Beschäftigungspaket für die Beamtinnen und Beamten des Landes Brandenburg inakzeptabel ist. Dieser Bitte werden wir gern nachkommen.“

(03/31/13)

Übertragung des Tarifabschlusses: dbb mecklenburg-vorpommern fordert Nachbesserungen

(dbb) Angesichts aktueller Pressemeldungen über sprudelnde Steuereinnahmen des Landes hat der dbb mecklenburg-vorpommern nochmals seine Forderung nach einer zeit- und wirkungsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses für die Länder auf die Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten bekräftigt.

„Mecklenburg-Vorpommern sollte sich ein Beispiel am Nachbarland Schleswig-Holstein nehmen, wo man auf die verbesserte Einnahmesituation mit einer Nachbesserung der Besoldungsübertragung reagiert und eine wirkungsgleiche Übernahme doch noch ermöglicht hat“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 5. August 2013.

Abkopplung der Besoldung von der allgemeinen Tarifentwicklung bedeuten und deckt in 2013 nicht einmal die Inflationsrate“, stellte Knecht fest. Denn Tarifbeschäftigte erhalten zum 1. Januar 2013 eine Erhöhung von 2,65 Prozent sowie zum 1. Januar 2014 von 2,95 Prozent. Für das Jahr 2015 fanden noch gar keine Verhandlungen statt.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht für alle Beamten und Versorgungsempfänger zum 1. Juli 2013 eine Steigerung der Besoldung um 2 Prozent und einen nachfolgenden Sockel in Höhe von 25 Euro vor. Zum 1. Januar 2014 und 2015 sollen dann Erhöhungsschritte von jeweils 2 Prozent folgen. „Dies würde eine

„Der dbb erwartet von der Landesregierung die Einlösung ihrer Versprechen und auch aus Motivationsgründen ein Entgegenkommen, das zumindest die Möglichkeit eines Kompromisses signalisiert, und wir sind zu weiteren Gesprächen bereit“, so Knecht.

(04/31/13)

EU-Zollbericht zu Produktfälschungen - BDZ: Erfolgsquote könnte deutlich höher sein

(dbb) Am 5. August 2013 hat die EU-Kommission ihren Jahresbericht über Zollmaßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums veröffentlicht. 2012 wurden

demnach Produktfälschungen im Wert von einer Milliarde Euro beschlagnahmt. BDZ-Bundesvorsitzender Klaus H. Leprich bezeichnete den Rückgang des Werts der vom Zoll abgefangenen Waren als „Mahnung“ an die EU-Mitgliedstaaten. „Wenn diese Zahl niedriger wird, heißt das nicht, dass es weniger Produktfälschungen in Europa gibt“, sagte Leprich, der auch Vizepräsident des Komitees der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE) und Vorsitzender des UFE-Zollausschusses ist.

Der Bericht unterstreiche die große Bedeutung des Zolls für den Schutz des geistigen Eigentums und die Sicherheit der Verbraucher und schildere die Folgen eines fortgesetzten Personalabbaus in den europäischen Zollverwaltungen, so Leprich. Der BDZ fordere seit Jahren einen Stopp des Personalabbaus und die Realisierung einer einheitlichen und wirksamen Risikoanalyse in allen EU-Mitgliedstaaten.

Der Zoll könne nur dann den Produktfälschern einen Strich durch die Rechnung machen, wenn er über ausreichende personelle und materielle Ressourcen verfüge, sagte Leprich. Die Motivation der Beschäftigten sei dabei nicht weniger wichtig als die Qualität der technischen Ausrüstung. In einigen EU-Mitgliedstaaten bestünden bei Personalausstattung, Bezahlung und Arbeitsplatzsicherheit dramatische Defizite. Darüber hinaus bestätige

der Bericht, wie wichtig vor allem der Kampf gegen den Zigarettschmuggel sei, fügt Leprich hinzu. „Ich begrüße ausdrücklich, dass die Bundesregierung am 17. Juli der Unterzeichnung des Tabaksmuggelprotokolls zugestimmt hat.“ Diese Initiative diene dem Gesundheits- und Verbraucherschutz. Nach wie vor stünden Zigaretten bei Produktfälschungen mit weitem Abstand an erster Stelle.

Leprich: „Wer leistungsfähige öffentliche Dienste will, darf mit seinen politischen Maßnahmen und Empfehlungen nicht dazu beitragen, dass die Staaten ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen können. Letztlich liegt die Verantwortung für die Umsetzung der Brüsseler Vorgaben bei den EU-Mitgliedstaaten. Und da besteht Optimierungspotenzial – auch in Deutschland.“
(05/31/13)

GDL bestreikt erneut Usedomer Bäderbahn

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat die Usedomer Bäderbahn (UBB) am 4. August 2013 für zwei Stunden erneut bestreikt.

„Der Geschäftsführung der UBB sind die Interessen der Urlauber und des Touristikverbandes der Insel offensichtlich schnuppe. Es ist ihr egal, wie oft und wie lange der Eisenbahnverkehr auf der Insel zum Erliegen kommt. Es geht allein darum, auf Teufel komm raus, die Dumpinglöhne in der UBB dauerhaft zu erhalten“, stellte der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky dazu fest.

Die Streiks an mehreren Tagen hatten den Eisenbahnverkehr fast völlig zum Erliegen gebracht. „Frustrierte Urlauber, verlorengegangenes Geschäft in der Inselregion und Chaos auf den Straßen sind das Ergebnis einer verfehlten Geschäftspolitik der UBB. Scheinheilig wird versucht, den Lokomotivführern die alleinige Schuld zuzuweisen, um das eigene Versa-

gen zu vertuschen“, so Weselsky. „Wir sind angetreten, um Lohndumping im Eisenbahnverkehr zu beenden. Das gilt für den Marktführer Deutsche Bahn AG genauso, wie für dessen Wettbewerber. Nur deshalb wird die UBB bestreikt. Warum die Geschäftsführung die Tarifverhandlungen zum Scheitern gebracht hat, kann sie bis heute nicht vernünftig erklären.“ Die UBB-Lokomotivführer bekommen laut GDL rund 40 Prozent weniger Tabellenentgelt. Schon im April 2011 wurde deshalb die Einführung des Flächen- und des DB-Lokomotivführertarifvertrags bei der UBB vereinbart. „Hinhaltetaktik, Scheinheiligkeit und Trickserie der Geschäftsführung lassen sich die Lokomotivführer nicht länger gefallen. Das muss ein Ende haben, auch in der UBB.“
(06/31/13)

DPOIG-Chef lobt amerikanische Geheimdienste

(dbb) Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), Rainer Wendt, hat vor dem Hintergrund der Anschlagswarnungen der USA die Arbeit der amerikanischen Geheimdienste gelobt und innerdeutsche Kritik daran scharf zurückgewiesen.

„Ich bin davon überzeugt, dass die amerikanischen Bemühungen für eine erfolgreiche Terrorabwehr notwendig sind. Dazu zählt die elektronische Analyse von Massenkommunikationsdaten, die als Spähaktion verunglimpft wird“, sagte Wendt am 6. August 2013 Handelsblatt Online. Grundsätzlich glaube er den US-Sicherheitsbehörden mehr als den Behauptungen von Edward Snowden, so Wendt weiter.

Der ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter hatte Dokumente enthüllt, nach denen die Geheimdienste der USA und anderer verbündeter Länder auch die Internetkommunikation

deutscher Bürger massenhaft überwachen. Die Bundesregierung steht wegen der Affäre seit Wochen unter Erklärungsdruck, auch wegen der Rolle der deutschen Geheimdienste bei den Ausspähungen. Wendt sagte dazu: „Die deutsche Politik sollte in der öffentlichen Debatte herausstellen, dass die USA unser Freund und Verbündeter sind und aufhören, jedem Diffamierungsgerücht hinterherzulaufen.“ Im Übrigen sei es notwendig, die Arbeit von Geheimdiensten nicht in die Öffentlichkeit zu zerrren, zeigte sich Wendt überzeugt: „Nur so ist erfolgreiche Terrorabwehr möglich.“ (07/31/13)

„Waldgebiet des Jahres“ noch bis Ende August gesucht

(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) sucht noch bis 31. August 2013 das „Waldgebiet des Jahres 2014“. Die öffentliche Abstimmung läuft bereits seit Mitte Juni. Vier Bewerber aus dem ganzen Bundesgebiet stellen sich der Wahl. Gesucht wird ein besonders schöner Wald, der vorbildlich durch die Forstleute betreut und bewirtschaftet wird. Im Vordergrund steht auch die Zusammenarbeit mit allen Interessierten am Wald, wie Naturschützern, Touristik-Verantwortlichen, Sportlern oder Jägern.

Folgende Kandidaten stehen zur Wahl: Lieberoser Heide (Brandenburg); Schönbuch (Baden-Württemberg); Steigerwald (Bayern) und Zittauer Gebirge (Sachsen).

Unter www.waldgebiet-des-jahres.de stehen detaillierte Informationen zu allen Kandidaten zur Verfügung und es kann direkt abgestimmt werden. Der Gewinner wird am 1. September bekannt gegeben.

Im vergangenen Jahr war bereits zum zweiten Mal ein Waldgebiet des Jahres gekürt und vom BDF ausgerufen worden. Der Meulenzahl als Waldgebiet 2012 und der Solling in diesem Jahr stoßen sowohl bei den Medien als auch bei Bürgern, Forstleuten und in der Politik auf großes Interesse. „Wir freuen uns über die große Resonanz, die unsere Abstimmung auch 2014 erfährt“, sagte Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF. Bis zum Abschluss wünsche er sich noch einmal 5.000 Stimmen, so der BDF-Vorsitzende. (08/31/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der dbb mecklenburg-vorpommern hat sich lobend zur Verbeamtung erster Lehrer im Land geäußert. Was fast ein Viertel Jahrhundert vor ihm niemand schaffte, sei Bildungsminister Mathias Brodkorb damit gelungen, sagte der dbb Landesvorsitzende **Dietmar Knecht**

am 2. August 2013. „Damit wurde ein Pflock in Richtung Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs eingeschlagen“ und Brodkorb habe sein Versprechen vom Jahresbeginn eingelöst, so Knecht. Der dbb m-v hatte seit über 23 Jahren immer wieder eine Verbeamtung der Lehrer

gefordert. Es sei wichtig, dass diese nicht nur für neu eingestellte Pädagogen gelte, sondern auch jeder, der innerhalb einer noch festzulegenden Altersgrenze der Laufbahnverordnung liegt, das Angebot einer Verbeamtung für sich persönlich prüfen kann.

Kritik an Lehrplänen, die zu wenig auf das spätere Leben vorbereiten, haben mehrere Lehrerverbände geübt. „Die Lehrpläne sind zu stark auf die reine Wissensvermittlung ausgelegt“, kritisierte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), **Udo Beckmann**. Der momentane Trend, alltagsnahe Inhalte wie Verbrauchererziehung oder Kriminalprävention „einfach nur auf die vorhandenen Lehrpläne aufzudaddieren“, bereite dem VBE Sorge, so Beckmann im „Weser-Kurier“ (Ausgabe vom 5. August 2013). „Die Landesregierungen versäumen es, bei der Einführung neuer Aufgabenfelder zu sagen, was dafür wegfallen soll.“

Die „Vollakademisierung-Ideologie“ an deutschen Hochschulen ist beim Deutschen Philologenverband (DPhV) auf Kritik gestoßen. Verbandsvorsitzender **Heinz-Peter Meidinger** sagte der „Welt“ (Ausgabe vom 1. August 2013): „Gerade nimmt die Zahl derjenigen sprunghaft zu, die mit einem Berufsabschluss, aber ohne Abitur studieren. Am Ende fehlen uns dann die Facharbeiter.“ Meidinger empfahl Abiturienten zweierlei: „Sie müssen flexibel

sein, vor allem auch was den Studienort angeht.“ Tatsächlich entscheidet sich immer noch die große Mehrheit der Studienanfänger für die Universität, die dem Heimatort möglichst nahe liegt. Auch ein Praxis- oder ein Auslandsjahr sei gerade eine gute Wahl, so Meidinger. „Wir haben den Höhepunkt wohl erreicht. Wer warten kann, der sollte auch in Erwägung ziehen zu warten.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) unterstützt den Vorschlag von Wolfgang Bosbach (CDU), einen Geheimdienstbeauftragten des Deutschen Bundestages zu installieren. Der Vorsitzende des Innenausschusses hatte dies vor dem Hintergrund der Debatte über eine Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste gefordert. DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** sagte am 5. August 2013, die gegenwärtige Art der Kontrolle der Geheimdienste durch den Innenausschuss und das parlamentarische Kontrollgremium sei verbesserungswürdig. „Es fehlt sowohl die Möglichkeit der permanenten Kontrolle als auch der Zugang zu Akten und Vorgängen, um eine wirkliche Prüfung zu ermöglichen. Einfach ausgedrückt: Die Parlamentarier wissen bisher oft gar nicht, was sie fragen sollen, da sie nicht über ausreichende Informationen verfügen.“ Die Einrichtung eines Geheimdienstbeauftragten mit einem Mitarbeiterstab sei daher sinnvoll und notwendig. (09/31/13)